

Die Sozialdemokratie und der Friede.

Die Erklärung Ellenbogens und Seig' im Haag.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich hat die Abgeordneten Ellenbogen und Seig' nach Holland geschickt, damit sie mit Troelstra, dem Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Comités, die Friedensfrage besprechen. Nach eingehender Besprechung mit Troelstra haben unsere Delegierten die Stellung unserer Partei zur Friedensfrage in einer Erklärung dargestellt, die Troelstra übergeben wurde und von ihm an die sozialistischen Parteien der Ententeländer weitergeleitet werden wird. Zum Verständnis dieser Erklärung schicken wir folgendes voraus:

Im Februar 1918 hat in London eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Ententeländer getagt. Diese Konferenz hat ihre Auffassung der Ziele, die die Friedensaktion der Internationale anzustreben habe, in einem sehr ausführlichen Memorandum niedergelegt; sie hat beschlossen, dieses Memorandum den sozialistischen Parteien Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Bulgariens zu schicken und ihre Antwort auf das Memorandum zu erbitten. Das Memorandum ist an unseren Parteivorstand zwar abgeschickt worden, aber es ist nicht angekommen. Erst vor kurzem hat der Parteivorstand den Wortlaut dieses Memorandums aus den „Holländischen Nachrichten“ des „Nederlandsche Anti-Oorlog Raad“ kennen gelernt. Der Parteivorstand hat nun den Besuch Ellenbogens und Seig' im Haag benützt, um dieses Memorandum kurz zu beantworten.

Das Memorandum der Ententesozialisten enthält viele Forderungen, die wir für vollkommen berechtigt halten. Aber viele Sozialisten in England, Frankreich und Amerika sind der Ansicht, die Arbeiterklasse müsse solange der Fortsetzung des Krieges zustimmen, bis alle diese von ihr als berechtigt anerkannten Forderungen durchgesetzt werden können. Gegen diese Ansicht haben unsere Delegierten im Haag, der ganzen Haltung unserer Partei entsprechend, die Auffassung vertreten, der Krieg dürfe um keiner nationalen oder territorialen Forderungen willen verlängert werden, auch nicht um solcher Forderungen willen, die an sich vollständig berechtigt sind. Von dieser Auffassung ausgehend, haben unsere Delegierten dem Genossen Troelstra die folgende Erklärung übergeben:

Ein Friede, der den allgemeinen Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechen sollte, müßte folgende Grundsätze verwirklichen:

1. Bereinigung aller Völker zu einer Liga der Nationen, die die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten der Entscheidung obligatorischer Schiedsgerichte unterwirft und jedem Staate, der das Völkerrecht verletzt, die gemeinsame Kraft des ganzen Völkerbundes gegenüberstellt.
 2. Keinerlei Annexionen, Lösung aller territorialen Streitfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.
 3. Keinerlei Kontributionen, gleiche Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung für alle Völker, Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges.
- Nur ein solcher Friede könnte als ein wirklich demokratischer Friede bezeichnet werden, nur er eine wirklich demokratische Ordnung in der Welt begründen.
Ein solcher demokratischer Friede kann

imperialistischen Mächtegruppen

erreicht werden. Der Sieg des einen oder des anderen Imperialismus würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verwirklichen, sondern vergewaltigen. Wenn zum Beispiel Italien einen vollständigen Sieg über Oesterreich-Ungarn erzielt, so würde der italienische Imperialismus nicht nur die italienischen, sondern auch große slavische Gebiete Oesterreichs zu gewinnen trachten. Wenn umgekehrt Oesterreich-Ungarn einen vollständigen Sieg über Italien erränge, so würden sich die österreichischen Imperialisten für berechtigt halten, nicht nur den Italienern im eigenen Gebiet das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, sondern sie würden auch unter dem Vorwand, die strategischen Grenzen günstiger zu gestalten, italienische Gebiete annectieren wollen, ohne deren Bevölkerung zu befragen. Ebenso zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Frankreich siegte, so würde der französische Imperialismus nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern wahrscheinlich auch Teile des kerndeutschen Rheinlandes zu annectieren trachten. Wenn umgekehrt das Deutsche Reich vollständig siegte, so würde es nicht nur Elsaß-Lothringen behalten, sondern die deutschen Imperialisten würden auch die Erzgebirge, Lothringens gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annectieren suchen. In beiden Fällen wäre das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt.

Würden die Mittelmächte vollständig siegen, so würden sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht Irlands, Ägyptens, Indiens proklamieren, aber die Regelung der Rechte ihrer eigenen Völker als innere Angelegenheit erklären. Siegte umgekehrt die Entente, so würde sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Esten, Letten, Polen proklamieren, aber die Ordnung der Rechte der Völker in Irland, Ägypten, Indien einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Sieg des Imperialismus der einen wie der anderen Mächtegruppe kann also keinesfalls eine demokratische Ordnung begründen.

Aber auch ein sogenannter

Verständigungsfriede,

von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geschlossen, wird keineswegs die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollständig verwirklichen können. Denn ein solcher Verständigungsfriede wäre nichts anderes als ein Kompromiß zwischen dem Imperialismus der Mittelmächte und dem Imperialismus der Entente. Sein Inhalt wäre nicht durch die Grundsätze der Demokratie bestimmt, sondern durch die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Regierungen. Er würde bestenfalls kein neues Unrecht schaffen, aber altes Unrecht fortbestehen lassen.

Der Krieg ist demnach überhaupt kein Mittel, eine demokratische Ordnung in die Welt zu schaffen. Er kann in keinem Falle die Ideale der internationalen Sozialdemokratie verwirklichen. Die Proletarier aller Völker haben die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der abzuschließende Friede diesen Idealen, so weit es möglich ist, entspricht und insbesondere die weitere Entwicklung in unserem Sinne ermöglicht. Diese Pflicht liegt ihnen ob, obwohl sie überzeugt sind, daß die wirkliche demokratische Neugestaltung der Welt nicht als Ergebnis des Krieges durch einen Friedensschluß kapitalistischer Regierungen verwirklicht werden kann, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes und der sozialen Revolution sein wird.

Die Völker, aus zahllosen Wunden blutend, können den Krieg nicht so lange forsetzen, bis das Proletariat überall die Macht an sich zu reißen vermag. Die Völker brauchen den baldigen Frieden.

Sie können daher nicht auf einem Frieden bestehen, der die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollkommen verwirklicht, sondern müssen die Regierungen zu möglichst baldigem Friedensschluß drängen, auch wenn der Inhalt des Friedens, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich ist, hinter den Forderungen der internationalen Sozialdemokratie weit zurückbleiben müßte.

Solange das Proletariat in den einzelnen Ländern die politische Macht noch nicht erobert hat, kann der Krieg nur entweder durch einen Siegfrieden beendet werden, den die siegende Partei der unterlegenen diktiert, oder durch einen Verständigungsfrieden, der ein Kompromiß zwischen den Forderungen beider Parteien darstellt. Unseres Erachtens muß die internationale Sozialdemokratie mit aller Kraft für den Frieden des Kompromisses, für den Verständigungsfrieden eintreten, obwohl auch dieser Verständigungsfriede den demokratischen Idealen nicht wird genügen können. Aus folgenden Gründen müssen wir den baldigsten Verständigungsfrieden der Fortführung des Krieges vorziehen.

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden, die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.
2. Ein Siegfriede würde Revanchegelüste bei der besiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede wird die Annäherung der Völker erleichtern und darum die Dürftigkeit der Dauer in sich tragen.
3. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der siegenden Ländergruppe befestigen und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen haben, den Völkern nur unendliche Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat; er würde daher die demo-

kratischen Tendenzen in allen Ländern gewaltig stärken. Diese Wirkung wird besonders dann sehr stark sein, wenn sich die Regierungen unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie zum Verständigungsfrieden entschließen müßten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, durch ihre Aktion die Regierungen zum Verhandlungstisch zu bringen, so wird sie den Völkern als die Bringerin des Friedens, als die Befreierin von Kriegsnot und Kriegsoffern erscheinen. Millionen werden dadurch für den Sozialismus gewonnen werden. Ein Verständigungsfriede, unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie geschlossen, wird daher in allen Ländern den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, des Sozialismus über den Kapitalismus näher rücken.

Aus diesen Gründen glauben wir, daß die Sozialdemokratie an den Frieden keine Forderungen stellen darf, die nur im Falle des vollständigen Sieges der einen oder anderen Kriegspartei durchgesetzt werden könnten, deren Verwirklichung daher mit der Verlängerung des Krieges erkaufte werden müßte und nur im Rahmen eines Siegfriedens möglich wäre. Wir glauben vielmehr, daß es die wichtigste Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie ist, die Regierungen mit aller Kraft zum baldigsten Abschluß eines Friedens zu drängen, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur ein Verständigungsfriede sein kann.

Wenn nun eingewendet wird, daß gerade die jetzige Kriegslage nicht geeignet sei, solche Verhandlungen einzuleiten, weil der psychologische Moment dafür erst dann gegeben sei, wenn der Krieg stillsteht und beide Parteien erkennen, daß sie einander nicht entscheidend zu besiegen imstande sind, so können wir das verstehen. Aber wir müssen darauf verweisen, daß im ganzen Verlauf des Krieges die Ungunst oder Gunst der Kriegslage von den Regierungen beider Seiten als Vorwand zur Ablehnung von Friedensverhandlungen benützt wurde und daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich demgegenüber jederzeit und ohne Rücksicht auf die Kriegslage die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt hat. Je früher sich das Proletariat in allen kriegführenden Ländern zu einem Druck auf ihre Regierungen im Sinne des Friedens entschließt, um so eher wird es seinen Einfluß nicht nur auf die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt, sondern auch auf deren Inhalt und die künftige Gestaltung der Dinge ausüben können.

Was unsere Stellung zu verschiedenen in der Internationale erhobenen Forderungen betrifft, wollen wir kurz bemerken:

Wir sind einverstanden mit der Forderung der internationalen Konferenz vom Februar 1918 bezüglich der Liga der Nationen, bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und bezüglich der sozialpolitischen Forderungen an den Friedensvertrag. In letzterer Beziehung schließen wir uns insbesondere den Forderungen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Bern und Leeds an.

Wir fordern die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in eine Föderation autonomer Nationen sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker. Wir lehnen jede Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab. Wir haben den Frieden von Brest-Litowsk und den von Bukarest parlamentarisch und in der Presse bekämpft und wir werden bei der parlamentarischen Beschlußfassung über diese Friedensverträge jede Bestimmung ablehnen, die eine Annexion oder Vergewaltigung bedeutet.

Wir fordern wie immer die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Was die Frage anlangt, wer die Kosten dieser Entschädigung zu tragen hat, so halten wir diese Frage nicht für entscheidend. Angesichts der ungeheuren Opfer des Krieges — Opfer nicht nur an Geld und Gut, sondern vor allem an Menschenleben — lehnen wir jede Verlängerung des Krieges um irgend welcher finanzieller Streitfragen willen ab und glauben, daß über den Anteil der einzelnen Staaten an den Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten kleinen Länder ein Kompromiß geschlossen werden muß.

Was die Fragen Elsaß-Lothringens, Italiens, Polens, der Türkei und der tropischen Kolonien anlangt, so sind wir der Ansicht, daß ein vollkommener demokratischer Friede, ein Friede, der den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie entspräche, auch diese Fragen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entscheiden müßte. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Forderung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht durchgesetzt werden kann. Da wir aus den oben angeführten Gründen den Krieg nicht fortsetzen wollen, bis die vollständige Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich wird, da wir vielmehr jetzt schon einen Verständigungsfrieden anstreben, halten wir dafür, daß die internationale Sozialdemokratie einen Verständigungsfrieden auch dann anstreben und annehmen muß, wenn er diese Forderung nicht vollständig verwirklicht. Eine Auffassung, die dahin geht, daß wir den Krieg so lange fortsetzen sollen, bis die volle Erfüllung dieser Forderungen durchgesetzt werden kann, lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab; wir wollen nicht, daß unsere Forderungen zu Hindernissen eines baldigen Friedens, zu Gründen der Verlängerung des Krieges werden. Wohl aber sind wir der Meinung, daß die internationale Sozialdemokratie ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen muß, daß der Friedensvertrag auch in diesen nationalen Fragen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit als möglich entgegenkommt, soweit, als dies